

Beschluss

Die Krise gemeinsam überwinden. Das Europäische Projekt nicht auf's Spiel setzen

Eine Europäische Wirtschaftsunion, ein Green New Deal, mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten

Es geht um mehr als den Euro

Die Erfolgsgeschichte der EU beruht auf Lehren, die weitsichtige PolitikerInnen aus der Geschichte des Kontinents nach zwei Weltkriegen gezogen hatten, nach dem Nationalsozialismus, dem Holocaust und der Teilung des Kontinents. Frieden, Freiheit Demokratie lassen sich besser gewährleisten, wenn nicht nationale Interessen verfolgt werden, sondern Nationalismen überwunden und staatenübergreifend gemeinsame Interessen formuliert und verfolgt werden..

Das Versprechen demokratischer Werte wäre unvollkommen ohne das Ziel sozialer Gerechtigkeit. Die EU steht durch alle ihre Entwicklungsschritte über etliche Jahrzehnte hinweg für die Aussicht auf gutes Leben und Wohlstand. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese gemeinsamen Ziele ist erschüttert, .

Die Ursache für diese Vertrauenskrise sehen wir nicht nur in der Finanzkrise. Mehr denn je agieren Regierungen sprunghaft, hinter verschlossenen Türen. Sie lassen sich viel zu oft von populistischen Stimmungen treiben und erzählen nur viel zu selten eine wirklich europäische Geschichte: Warum ist ein vereintes Europa in einer globalisierten Welt so wichtig? Wann ist es besser, wenn die EU-Staaten ihre Interessen gemeinsam verfolgen, als wenn jeder Staat alleine für sich kämpft? Wie profitiert jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger gerade in der jetzigen Situation von der Europäischen Union? Dies alles sind berechtigte Fragen, auf die eine europäische Politik Antworten geben muss. . Wir wollen in dieser Krise auch nötigen Lehren ziehen, um Europa weiterzuentwickeln und die Defizite seiner Strukturen und Institutionen zu überwinden. Ziel muss sein, dass Europa gestärkt aus dieser Krise hervorgeht. Unter dieser Bundesregierung fällt der größte Mitgliedsstaat der EU als Führungskraft aus. Merkel und Co. lavieren mit Dementi- und Salami-Taktik durch die Krise. Aus Angst vor HinterbänklerInnen und Landtagswahlen verhindern sie europäische Lösungen für die Krise und sorgen gleichzeitig für einen großen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die EU. Mit chauvinistischen Parolen schadet die Kanzlerin Deutschland und Europa. Wir Grüne sind hingegen klar: Wir wollen für entschlossene Konzepte in Europa streiten und sie in der EU-27 und der Euro-Zone gemeinsam umsetzen. Europa hat ohne einen gemeinsamen Weg noch nie funktioniert. Auch aus dieser Krise wird nur eine gemeinsame Politik in der EU führen.

Proeuropäische Politik liegt im ureigenen Interesse Deutschlands. Staat, Banken, Unternehmen sowie Anlegerinnen und Anleger als Gläubiger eines großen Teils der Schulden in den Krisenländern hätten unter einem Bankrott dieser EU-Staaten massiv zu leiden. Aus diesem Dilemma ret-

tet uns nur eine europäische Lösung. So hilft uns Europa, während wir Europa voranbringen. Dazu bedarf es aber entschlossenem Handeln statt gutsherrenartiger Ratschläge aus dem Kanzleramt gegenüber unserer südeuropäischen Nachbarn. Mit unseren Positionen wollen wir GRÜNE zeigen, wie die EU aus der Krise gesteuert werden kann und gleichzeitig Stabilität und Zukunftsfähigkeit erlangen kann.

Die Proteste in Spanien führen uns vor Augen, dass auch die europäischen Demokratien noch erheblichen Verbesserungsbedarf haben und unsere lange bestehende Forderung nach mehr Demokratie endlich weiter umgesetzt werden muss. Es müssen ernsthafte Beteiligungsmöglichkeiten für alle Menschen in Europa geschaffen werden. Gerade um die notwendigen wirtschaftspolitischen Reformschritte einzuleiten benötigen wir eine öffentliche Debatte in Europa, die alle Bürgerinnen und Bürger in Europa miteinbezieht.

Die Gefahr durch die Krise steigt

Die Lage in Europas gegenwärtiger Krise ist sehr ernst. Die meisten der bisherigen Rettungsprogramme für die europäischen Krisenländer Irland, Portugal und Griechenland haben bislang nicht die notwendige Wirkung gezeigt. Im Gegenteil. Vor allem in Griechenland steigt die Gefahr, dass ein Staatsbankrott nicht vermieden werden kann. Die Troika hat ihr Ziel, Griechenland bis 2012 zurück an die Finanzmärkte zu bringen, mehr als verfehlt. Es gibt in der EU, in der Euro-Zone, zwischen Europäischer Zentralbank (EZB) und Bundesregierung und auch innerhalb der schwarz-gelben Koalition keine Einigkeit über den einzuschlagenden Weg. Mehr und mehr Vertrauen geht verloren.

Dass die bisherigen Maßnahmen nicht erfolgreich waren, hat vier Gründe. *Erstens* brauchen die Reformen Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten. Viele der Strukturreformen aus den Hilfspaketen sind richtig und wichtig. Beispiel Griechenland: Eine bessere Steuererhebung und Steuerfahndung sind sinnvoll. Die Staatsausgaben müssen kontrolliert und Ressourcen produktiv im allgemeinen Interesse eingesetzt werden.

Zweitens aber sind die nationalen Sparprogramme mit harten Einschnitten einseitig und streckenweise ökonomisch kontraproduktiv. So erhöhte beispielsweise die griechische Regierung die Mehrwertsteuer um vier auf 23 Prozent. Staatsbedienstete mussten Einkommenskürzungen von über 20 Prozent hinnehmen. Das staatliche Investitionsbudget sank im vergangenen Jahr um 12 Prozent. Sowohl die Ausgabenkürzungen als auch die Einnahmeerhöhungen belasten in erster Linie wirtschaftlich schwache Haushalte. Wir halten Kürzungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und bei der Armutsbekämpfung für genauso wenig zielführend wie Mehrwertsteuererhöhungen ohne sozialen Ausgleich. Im Gegenzug sehen wir erhebliches Sparpotenzial im griechischen Militärhaushalt. Griechenland gibt für das Militär seit Jahrzehnten weit mehr aus als die anderen EU-Staaten. 2010 umfassten die Militärausgaben 3,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, während der Durchschnitt der europäischen NATO-Staaten bei 1,7 Prozent lag. Griechenland mit 11 Millionen Einwohnern hat nur etwas weniger SoldatInnen als Deutschland nach der geplanten Bundeswehrreform. Die Rüstungsausgaben Griechenlands sollten daher mindestens auf den Durchschnitt der europäischen Nato-Länder abgesenkt werden. Das bringt einen Sparbeitrag von ca. 2 Milliarden Euro und entlastet gleichzeitig das griechische Leistungsbilanzdefizit. Denn ein großer Teil der Ausgaben fließen an deutsche, französische und amerikanische Rüstungskonzerne.

Dabei reicht Sparen nicht aus. Kein Industrieland hat in den vergangenen 25 Jahren umfangreichere Haushaltseinsparungen durchgeführt als Griechenland, das sein Defizit im vergangenen Jahr um 4,9 Punkte auf 10,5 Prozent der Wirtschaftsleistung verringert hat. Trotzdem helfen die Sparprogramme in ihrer jetzigen Form nicht, von möglichen Geldgebern neues Vertrauen zu erlangen.

Denn es fehlen *drittens* kluge Investitionsprogramme und nachhaltige Strukturreformen, die auf dem Arbeitsmarkt schnell und nachhaltig wirken. Privatisierungskreuzzüge sind keine Lösung und kein Ersatz für nachhaltige Investitionen. Sie schüren eher Wut auf Seiten der betroffenen Bevölkerung.

Viertens wird die politische Legitimität der Strukturreformen dadurch unterminiert, dass in allen Krisenländern darauf verzichtet wird, die Profiteure der exzessiven Jahre juristisch und finanziell zur Rechenschaft zu ziehen. Ein Lastenausgleich fand nicht statt, was auch den finanziellen Spielraum für die Krisenbewältigung merklich eingeengt hat. Die Troika aus Internationalem Währungsfonds (IWF), EU und EZB verhandelte mit den Regierungen der Staaten jeweils Sanierungsprogramme, die in den Augen der jeweiligen Bevölkerung die Schuldigen der Krise ungeschoren ließen. Die Troika hat diese Schieflage nicht einfach diktiert, sie ist auch Ergebnis nationaler Entscheidungen. Auch deshalb gibt es in allen Krisenländern Proteste, die mit ihrem Widerstand gegen die Schieflage der Krisenprogramme und gegen die Reformunfähigkeit ihrer politischen Systeme durchaus verständlich sind, auch wenn wir nicht alle ihre Forderungen teilen.

Debatte um Euro-Austritte ist populistisch

Dass die verabreichte Medizin nicht anschlägt, ist keine Rechtfertigung für Lebendversuche an Volkswirtschaften und auch nicht für das Begleichen ideologischer Rechnungen. Forderungen nach Austritten aus der Eurozone zeugen weder von europapolitischem Kompass noch von wirtschaftspolitischer Klugheit. Derartige Querschüsse sind eher Indikatoren für die populistischen Auswüchse der deutschen Debatte über die Eurokrise.

Keinem Mitglied wäre mit einem Austritt aus der Eurozone geholfen. Hinter dem Argument, dass der Austritt die Wettbewerbsfähigkeit verbessere, verbirgt sich kurzfristiger Egoismus und Angst vor europäischer Verantwortung. Die wirtschaftlichen Folgen des Austritts aus der Eurozone für einen Mitgliedstaat wären fatal: Nach Anpassung der Wechselkurse würden die in Euro dotierten Schulden der betroffenen Länder stark steigen. Der Schuldendienst würde die betroffenen Staatshaushalte derart belasten, dass selbst bei erhöhter Wettbewerbsfähigkeit ein tiefer Schuldenschnitt unvermeidlich wäre. Zudem wäre die neue Währung auf jeden Fall sehr schwach. Schon die Erwartung eines Währungsschnittes würde zu massiver Kapitalflucht führen. Im Beispiel Griechenlands bräche das lokale Bankensystem zusammen. Auch die politischen Folgen einer solchen Entscheidung sind nicht absehbar. Aus all diesen Gründen gibt es in keinem der Krisenländer eine Mehrheit für den Austritt aus dem Euro. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass der Austritt aus der Eurozone sie mit Instabilität und einem Weiter-so einer schlechten Wirtschaftspolitik zurückließe. Der nun notwendige Weg, auch durch eine interne Abwertung, beispielsweise die Zurückhaltung bei Löhnen über einen längeren Zeitraum neue Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen, ist schwer. Er ist aber für die Krisenländer wie auch für die europäischen Partner ungleich klüger als eine ökonomische Kamikaze-Aktion. Wir sind daher entschieden für die Unterstützung der notwendigen Reformen in Griechenland, Portugal und Irland durch europäisch koordinierte Kredite.

Pfade durch die Eurokrise

Griechenland und die anderen in Not geratenen EU-Länder brauchen unsere Hilfe. Wir wollen entschlossen helfen, um unsere Nachbarn und Europa nicht weiter zu gefährden. Das ist eine Frage europäischer Solidarität und ökonomischer Vernunft.

Wir GRÜNE haben auf dem Höhepunkt der Bankenkrise 2008 mit dem Beschluss zum Green New Deal einen Weg aus der Krise aufgezeigt. Wie bei seinem Vorbild, dem New Deal in der

ersten Weltwirtschaftskrise, sollte mit konsequenter Finanzmarktregulierung, Investitionsprogrammen und einem neuen sozialen Ausgleich die Wirtschaft auf neue, stabile Grundlagen gestellt werden. Wir Grünen haben damals ganz bewusst auf ein Transformationsprogramm gesetzt, das die verschiedenen krisenhaften Entwicklungen zusammen denkt: die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Klima- und Ressourcenkrise und die Verteilungskrise. Und wir wussten, dass genau dieses Zusammenführen verschiedener Dimensionen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise der Schlüssel ist, um die nächsten Krisen zu verhindern. Der Green New Deal wurde so zum grünen Gegenmodell gegen eine Politik des „Weiter so“, die die Krise als Betriebsunfall einer eigentlich erfolgreichen neoliberalen Politik ansah.

Heute, auf dem Höhepunkte der Schuldenkrise, braucht es ebenfalls ein Gegenmodell zur Politik des „Weiter so“. Unverantwortliches Schuldenmachen von Staaten muss als eine der Ursachen des jetzigen Problems angegangen werden. Dabei ist es gerade auch die Immobilien- und Finanzmarktblase in Irland und Spanien, deren Platzen zeigt, wie gefährlich es ist, die Finanzmärkte keiner ausreichenden Kontrolle unterliegen. Wir Grüne wollen die Entwicklungen zusammendenken und eine Lösung für die Krise formulieren. Denn Europas Schuldenproblem ist, gerade auch im Vergleich mit den USA, tragbar. Die durchschnittliche Verschuldung der Eurozone beträgt 85% ihrer Wirtschaftsleistung. Deutschland liegt knapp darunter. Entscheidend ist, dass Europa gemeinsam den Weg aus dieser Krise sucht und aus den Fehlern der Vergangenheit lernt. Das „Weiter so“, dem die bisherigen Versuche zur Krisenbewältigung folgen, wird nicht gelingen.

Stattdessen braucht es einen mutigen europäischen Ansatz für die Lösung dieser Krise, die Länder und Menschen nicht gegeneinander ausspielt, sondern zu einer solidarischen Lösung aufruft; eine Lösung, die in den besonders betroffenen Ländern Mut gibt, dass die notwendigen harten Anpassungsmaßnahmen einen Sinn haben und neue wirtschaftliche Möglichkeiten entstehen; eine Lösung, die die europäische Wirtschaft ökologisch und sozial neu ausrichtet.

Deshalb fordern wir GRÜNE eine europäische Politik, die geprägt ist von Solidität und Solidarität, Nachhaltigkeit, gerechter Verteilung der Kosten und demokratischer Kontrolle.

a) Gemeinsam gegen die Krise – Solidität und Solidarität verankern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind überzeugt, dass eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik das beste Mittel ist, um Vertrauen zurück zu gewinnen, nicht nur das der Märkte, sondern vor allem das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Ohne Solidität bei den öffentlichen Finanzen gibt es keinen stabilen Euro und auch keine öffentliche Zustimmung für europäische Solidarität. Deshalb müssen die Defizite in den öffentlichen Haushalten überall in Europa unmittelbar nach unten korrigiert werden. Hierbei geht es um die richtige Kombination von sozialverträglicher Ausgabenkürzung und Erhöhung der Einnahmen.

Wir fordern solidarische und effektive Maßnahmen, die den Krisenländern helfen, ihre Schuldenlast zu bewältigen. Hierfür müssen die Zinssätze der Hilfskredite schnellstmöglich in Richtung der Beschaffungs- und Verwaltungskosten gesenkt werden. Strafzinsen sind weder ökonomisch hilfreich noch zielführend, denn die Kredite werden bereits gegen starke Auflagen vergeben. Die Wirtschaft dieser Länder braucht Luft zum Atmen und Hilfskredite, die ihres Namens würdig sind – keinen Zinswucher. Die momentanen Zinssätze zwischen 4% und 6,3% sind eher ein rentables Geschäft für die Geberländer als eine effektive Hilfsmaßnahme für die Krisenländer.

Zu einer soliden und solidarischen europäischen Wirtschaftspolitik gehört auch ein Europäischer Bankenrettungsfonds der mit einem Europäischen Programm zur Verkleinerung, Abwicklung und Restrukturierung von gefährdeten, systemrelevanten Banken verknüpft wird. Die Banken waren zentral an der Finanzierung der Immobilien- und Konsumexzesse in den Krisenländern

beteiligt. Die Angst um ihre Stabilität macht die Krisen so schwer lösbar. Wir brauchen daher bei der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) letztlich eine Abwicklungseinheit, die die Restrukturierung von gefährdeten, grenzüberschreitenden Instituten vorbereitet. Damit gelingt es, die Verbindung zwischen Bankenkrise und Krise der Staatsfinanzen zu brechen. So kann die finanzielle Ansteckungsgefahr zwischen in Not geratener Banken und Staaten verringert werden. Finanzieren soll sich der Europäische Bankenrettungsfonds durch ein kohärentes, europäisches System von Bankenabgaben. Der Widerstand der schwarz-gelben Bundesregierung gegen ein gemeinsames System von Bankenabgaben hat zu einem europäischen Chaos nationaler Bankenabgaben mit Doppelbesteuerung, Doppel-Nichtbesteuerung sowie Regelungslücken geführt. Die Bundesregierung sollte hier einen starken europäischen Vorschlag machen. Ebenso unverantwortlich ist das Bremsen der Bundesregierung bei den EU-Vorschlägen zur starken Kapitalisierung von Banken und robusten Europäischen Stresstests für Banken. Beides ist notwendig, um zu verhindern, dass weiterhin die SteuerzahlerInnen für die Fehler der Banken aufkommen müssen.

Letztlich zeigt die derzeitige Krise jedoch: die Eurozone muss durch eine Europäischen Wirtschaftsunion ergänzt werden. Der bisherige Rahmen der gemeinsamen Währung, das hat die Krise offen gelegt, reicht nicht aus. Wir brauchen einen gemeinsamen Rahmen für die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik. .

Eine solche Europäische Wirtschaftsunion muss wirtschaftlichen Ungleichgewichten gegensteuern und vorbeugen, aber auch Politikbereiche umfassen, in denen die Steuerung auf europäischer Ebene einen Mehrwert hat. Dieser Vorschlag heißt im Klartext: Diese Krise lösen wir nur mit mehr Europa! Die EU wird künftig auch mehr Kompetenzen haben müssen, Mitgliedstaaten dazu zu bringen einen Weg einzuschlagen, der in die europäisch vereinbarte Strategie von Wirtschaften, Haushalten, sozialer Sicherheit und Regulierung passt (so genanntes Europäisches Semester). In diesem Sinne finden wir Trichets Vorschlag eines Europäischen Finanzministeriums interessant. Solche neuen Kompetenzen der EU müssen gleichzeitig mit einer breiteren demokratischen Legitimation und einem neuen kooperativen Verständnis von Subsidiarität verbunden werden. Eine EU-Wirtschaftsregierung oder ein Europäisches Finanzministerium müssen auf europäischer Ebene parlamentarisch kontrolliert und legitimiert sein. Wir unterstützen deswegen die Initiative einer Europäischen Wirtschafts- und Sozialversammlung nach der EU-Konventmethode, die für alle transparent und unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung die Lehren aus der Krise diskutiert, und die Europäischen Verträge fit macht für eine demokratisch legitimierte transparente Wirtschaftsunion und ein sozialeres Europa

Erstens und vor allem geht es hierbei um die Angleichung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in der Eurozone. Das heißt, die Krisenländer müssen Anstrengungen unternehmen, um ihre Exporte zu steigern. Aber auch Deutschland muss als größte europäische Handelsnation seinen Beitrag leisten. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, faire Löhne und eine Verringerung des Niedriglohnsektors sind wichtige Schritte, um Deutschlands Nachfrage nach ausländischen Gütern und Dienstleistungen zu steigern und so zum wirtschaftlichen Gleichgewicht in der Eurozone beizutragen. Außerdem können so möglichst viele Menschen am Aufschwung teilhaben und die wachsende Ungleichheit in Deutschland gelindert werden.

Zweitens soll eine Europäische Wirtschaftsunion dazu dienen, die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten besser zu koordinieren und effektiv gegen Defizit- und Schuldensünder vorzugehen. Hierzu gehört für uns die umgekehrte Mehrheit bei allen Beschlüssen im Rat im Zuge von Defizitverfahren. Die Defizitsünder müssen also selbst eine Mehrheit zustande bringen, um die Ablehnung eines Antrags zu erreichen. Allerdings müssen die Verfahren gegen übermäßige Defizite und Schulden künftig so gestaltet werden, dass die Einsparungen nicht die Ziele Armutsbe-

kämpfung und Zukunftsinvestitionen der Europa 2020 Strategie konterkarieren, denn beide sind zentrale Ziele der Union, die gleichzeitig mit der Haushaltssanierung erreicht werden müssen.

Drittens muss eine Europäische Wirtschaftsunion makroökonomische Ungleichgewichte rechtzeitig erkennen und Fehlentwicklungen, z.B. auf den Immobilienmärkten oder bei den Privatschuldenständen frühzeitig entgegen wirken. Derzeit verhandeln das Europäische Parlament mit Rat und Kommission über die Regeln gegen makroökonomische Ungleichgewichte. Wir unterstützen hier die Vorschläge der Kommission und des Europaparlaments für die Schaffung der nötigen Instrumente. Dagegen ist es unverantwortlich, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung die Lasten zur Anpassung von Ungleichgewichten einseitig bei den schwachen Defizitländern abladen will. Sie gefährdet damit eine wirtschaftlich vernünftige Einigung über das Paket der zukünftigen Regeln des wirtschaftlichen Regierens in Europa.

b) Ein Green New Deal auch für die Krisenländer – nachhaltig investieren, Arbeitsplätze schaffen

Wir GRÜNE fordern einen Green New Deal für die Krisenländer mit unmittelbarer Wirkung für die Arbeitsmärkte und die Staatseinnahmen. Ein Grüner New Deal für die Krisenländer bedeutet vor allem Investitionen in erneuerbare Energien, Energie- und moderne Telekommunikationsinfrastruktur, nachhaltigen Tourismus und ökologische Landwirtschaft. Fortbildungsmaßnahmen und Arbeitsmarktstruktur müssen entsprechend angepasst werden. Alle aktuellen Krisenländer bieten gute natürliche Voraussetzungen für die Erzeugung von regenerativer Energie, ebenso wie für eine nachhaltige Tourismusbranche. Für die Finanzierung des Green New Deals müssen stärker als bisher die Mittel aus den europäischen Strukturfonds eingesetzt werden. Auch muss verhindert werden, dass solche bereits von der EU bewilligten Strukturmittel ungenutzt bleiben, denn diese belaufen sich alleine in Griechenland auf sieben Prozent des Bruttoinlandprodukts. In Portugal sind es sogar neun Prozent. Anders als die sogenannte Troika aus EZB, IWF und EU fordern wir einen nachhaltigen Investitionsschub zur Wiederbelebung der Wirtschaft in allen Krisenländern. Langfristige und nachhaltige Investitionen wird es jedoch nur geben, wenn das Gerede um Schwächung der EU und Euroaustritt endlich, endlich aufhört.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung des Green New Deals zum einen für die Krisenländer durch Euro-Projekt-Anleihen gesichert wird. Diese Anleihen bieten die nötigen Finanzmittel in Zeiten notwendiger Sparmaßnahmen und eine solide Investition in Zeiten unsicherer Anlagen. Zum zweiten sollten EU-Strukturfonds, wie von Wirtschaftsnobelpreisträger Stiglitz und dem europäischen Think Tank Bruegel vorgeschlagen, gerade in Krisenzeiten genutzt werden, um einen ökologischen Umbau im Sinne eines Green New Deals zu unterstützen. Drittens kann die Europäische Investitionsbank gezielt entsprechende Kredite bereitstellen und so eine wirtschaftspolitische Strategie begleiten. Eine konsistente staatliche Strategie für private Investitionen ist entscheidend für einen Transformationsprozess in den Peripherieländern hin zu einer wettbewerbsfähigen, sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft.

Privatisierungen dürfen nur durchgeführt werden, sofern sie tatsächlich dem Gemeinwohl dienen, die Daseinsvorsorge nicht Gewinninteressen unterwerfen und einen bestmöglichen Beitrag zur Tilgung der Staatsverschuldung leisten. Privatisierungen dürfen aber nicht einfach öffentliche Güter unter Wert verkaufen, so dass langfristig Mehrkosten entstehen. Wenn in bestimmten Bereichen Aufgaben der Daseinsvorsorge Privaten übertragen wird, muss gewährleistet sein, dass dieses nicht zu einer Leistungsverschlechterung oder Preiserhöhung führt und der Vorsorgecharakter dieser Leistung auch über Generationen hinaus gesichert bleibt. Dabei muss insbesondere die Wasserversorgung als elementarste aller Aufgaben der Daseinsvorsorge in staatlicher Hand bleiben.

Andere öffentliche Güter dürfen nicht unter Zeitdruck zu Ramschpreisen verschleudert werden. Privatisierungen dürfen auch nicht, wie von der Troika vorgeschlagen, unter der Regie von ausländischen Führungskräften durchgeführt werden, da dieses Vorgehen gegenüber einem EU Partnerland nicht akzeptabel ist. Unter der Voraussetzung, dass das Ergebnis der Privatisierung nicht Vergemeinschaftung von Risiken und die Privatisierung der der Gewinne bedeutet, können sie die wirtschaftliche Dynamik dauerhaft stärken.

c) Die Kosten der Krise gerecht verteilen

Die Kosten der Krise müssen gerecht verteilt werden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zurück zu gewinnen und Europaskepsis und Populismus zurück zu drängen. Nicht nur sollen starke Schultern ein angemessenes Gewicht tragen, auch sollen die Profiteure der Krise ihren Beitrag leisten. Es ist ein Skandal, dass der Abbau der öffentlichen Schulden in den Krisenländern vor allem durch Kürzungen bei Löhnen, Renten und Sozialversicherung erfolgen soll, so dass hauptsächlich die Mittelschicht und wirtschaftlich schwache Haushalte belastet werden.

Deshalb fordern wir GRÜNE eine faire Steuerpolitik in der Europäischen Union. Wenn die EU Hilfsprogramme vereinbart, muss sie sich dafür einsetzen, dass in dem betroffenen Mitgliedstaat Steuern effektiv eingetrieben werden und Steuerhinterziehung und Steuerbetrug unmöglich gemacht wird. Außerdem unterstützen wir die rasche Einrichtung eines nationalen Grundbuchs in Griechenland um Immobilienbesitz wirksam zu besteuern. Die Rücknahme verminderter Mehrwertsteuersätze muss sozialverträglich gestaltet werden. Waren des täglichen Gebrauchs müssen erschwinglich bleiben. Wir begrüßen die Entsendung beratender Experten zur Unterstützung der Modernisierung der griechischen Steuerbehörden, entsprechend der Vorschläge von Rat und Kommission.

Wir machen uns stark für die Besteuerung von hohem Vermögen zur Bewältigung der Krise. Diese Maßnahme sollte nicht nur für Wohlhabende in den Krisenländern gelten, sondern in der gesamten EU. Gerade deutsche Anleger haben aus dem Wirtschaftswachstum in den jetzigen Krisenländern lange Profit geschlagen. Deswegen haben wir ein Konzept für eine Vermögensabgabe in Deutschland vorgelegt, das als Beispiel für eine Vermögensabgabe in anderen Mitgliedstaaten dienen kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für eine effektive Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung auf europäischer Ebene. Die EU muss endlich gemeinsame Steuerabkommen verhandeln und umsetzen, anstatt einzelnen Mitgliedstaaten das Feld zu überlassen. Wohlhabende dürfen ihre Einkommen nicht am Fiskus vorbei schleusen.

Wir GRÜNE sind für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Banken effektiv an den Kosten der Krise beteiligt. Zudem macht eine solche Steuer kurzfristige Spekulation weniger rentabel und fördert dadurch nachhaltige Investitionen. Diese Steuer sollte die eigenen Einnahmen der EU stärken und vor allem in die Finanzierung von Armutsbekämpfung und internationaler Klimapolitik fließen. Zudem fordern wir die Harmonisierung der Bemessungsgrundlage für Körperschaftssteuer kombiniert mit einem europaweiten Mindeststeuersatz, um gefährlichen Steuerwettbewerb endlich einzudämmen.

d) Griechenland ökonomisch klug entschulden

Wir GRÜNE sprechen uns im Fall Griechenland für eine Umschuldung aus. Doch es geht um die Frage des richtigen Weges. Ziel ist es, Griechenland zu helfen, nicht populistische Stimmungen zu befriedigen. Ein erzwungener, radikaler Schuldenschnitt könnte die Probleme Griechenlands

vergrößern, denn nicht zuletzt sind die Risiken einer unkontrollierten Umschuldung, vor allem die Ansteckungsgefahr anderer europäischer Volkswirtschaften, nicht abschätzbar.

Eine kluge Umschuldung Griechenlands ist politisch geboten. Ohne Verkleinerung des Schuldenberges kann Griechenland nicht auf die Beine kommen. Die Belastung durch Altschulden erdrückt den griechischen Aufschwung und verhindert Investitionen in die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Der Zinsdienst des griechischen Staates muss auf ein langfristig tragfähiges Niveau gesenkt werden, das der Wirtschaftsleistung des Landes entspricht. Eine Umstrukturierung der Staatsschulden der Krisenländer ist legitim. Bereits heute sind hohe Risikosummen durch die Hilfspakete von privaten Gläubigern auf die öffentliche Hand übertragen wurden. Sie bringt einen doppelten Nutzen: sie erlaubt die Schuldenlast zu verringern und nimmt gleichzeitig die Privatgläubiger in die Verantwortung. Allerdings liegen erhebliche Anteile griechischer Schulden inzwischen in den Büchern verstaatlichter Banken, wie der WestLB und der HRE, und bei der Europäischen Zentralbank (EZB). Ein Teil der Kosten der Umschuldung würde in diesen Fällen auf die Steuerzahler zurückfallen. Dieser Anteil nimmt zu, je mehr Zeit den Banken eingeräumt wird, um sich von problematischen Anleihen zu trennen. Um eine sanfte Umschuldung zu ermöglichen muss die Europäische Zentralbank ihre Blockadehaltung also rasch aufgeben. Ihre Drohgebärden in Sachen Liquiditätsentzug sind nicht hilfreich. Stattdessen sollte sie sich konstruktiv an der Lösung des griechischen Schuldenproblems beteiligen. In dieser Situation muss die Bundesregierung ihre Partner mit guten Argumenten überzeugen, anstatt durch chauvinistisches Gerede über angeblich faule Bevölkerungen in anderen Ländern der EU gegen sich auf zu bringen.

Eine solche Umschuldung ist machbar, wenn auch wirtschaftlich und rechtlich nicht leicht umzusetzen. Wir wollen den Gläubigern Griechenlands ein bevorrechtigtes Umtauschangebot anbieten, nach dem Vorbild der Brady-Bonds, die in der Südamerikakrise erfolgreich genutzt wurden. Hierbei wird Kreditgebern das Angebot gemacht, ihre ausstehenden Forderungen gegen neue Anleihen mit niedrigeren Zinssätzen, längeren Laufzeiten beziehungsweise geringeren Nominalwerten einzutauschen. Als Anreiz könnte den Kreditgebern angeboten werden, die neuen Anleihen mit Garantien der EU-Staaten auszustatten. Dies gibt den Kreditgebern eine größere Auszahlungssicherheit. Alternativ würde Griechenland seine Staatsanleihen zu den gegenwärtig niedrigen Marktkursen von den Gläubigern zurückkaufen, hierfür sollte der europäische Rettungsfonds (EFSF) befähigt werden zweckgebundene Kredite zum Rückkauf von Staatsanleihen an Euro-Staaten zu vergeben. Die Gläubiger würden also auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, dafür jedoch vom Risiko eines späteren harten Schuldenschnitts befreit werden. Eine solche sanfte Umschuldung würde Griechenland helfen ohne heftige Marktturbulenzen auszulösen.

Eine bloße Verlängerung der bisherigen Vorgehensweise in den betroffenen Ländern ermöglicht keine ausreichende wirtschaftliche Dynamik und erhöht den Schuldenberg immer weiter. Nur unter einer Annahme ist der bisherige Pfad in der EU-Antikrisen-Politik, von nötigen Änderungen abgesehen, überhaupt aussichtsreich: Es muss gelingen, dass die auf Solidarität angewiesenen Länder einen tragfähigen Wachstumspfad finden, der die Immobilien- und Finanzblase überwindet. Hierzu kann eine Umschuldung einen wichtigen Beitrag leisten.

e) Demokratische Kontrolle sichern

Wir GRÜNE fordern einen Europäischen Währungsfonds unter effektiver demokratischer Kontrolle. Unter den derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen funktioniert der europäische Rettungsfonds (EFSF) als eine Parallelstruktur außerhalb der Europäischen Verträge, maßgeblich unter Kontrolle der Regierungen. Der Grund dafür ist, dass die EFSF über Kompetenzen verfügt, die nicht in den Aufgabenbereich der EU fallen. Die Folge ist, dass das Europäische Parlament in

keiner Weise in die Entscheidungen des EFSF einbezogen wird. Durch die Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der die EFSF ab 2013 ersetzt, wird dieses Problem nicht vollständig behoben. Zwar werden dem Europäischen Parlament Informationsrechte und eingeschränkte Entscheidungsrechte eingeräumt. Aber der ESM bleibt außerhalb der Gemeinschaftsmethode und somit ohne verbindliche Entscheidungsrechte für das Europäische Parlament. Deswegen wollen wir den ESM perspektivisch in einen echten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, der im Rahmen reformierter europäischer Verträge unter Kontrolle des Europäischen Parlaments liegt. Bis dahin setzen wir uns entschieden für weitreichende Beteiligungs- und Informationsrechte des Deutschen Bundestags im ESM ein. Der Deutsche Bundestag muss seiner Pflicht als Haushaltsgeber gerecht werden und den ESM intensiv kontrollieren und durch Beschlüsse legitimieren. Gleichzeitig muss der Bundestag aber auch seiner europäischen Integrationsverantwortung gerecht werden und ermöglichen, dass der ESM im Krisenfall effizient und schnell funktionieren kann.

Die Bundesregierung hat in den letzten Monaten wiederholt gegen die Beteiligungs- und Informationsrechte des Bundestags in Angelegenheiten der Europäischen Union verstoßen. Mit dieser Desinformationspolitik entzieht die Regierung ihr Handeln in der Euro-Krise einer parlamentarischen Debatte und sorgt letztlich für den Eindruck bei den Bürgern, dass die Mächtigen in der EU sowieso beschließen, was sie wollen. Zugleich sehen wir in dieser Krise, dass die bisherige Beteiligung des Bundestags v.a. in Bezug auf die neue Rolle des Kanzleramts nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und die neue Bedeutung der Euro-Gruppe in der Euro-Krise nicht ausreicht. Wir Grüne sehen neben dem Europäischen Parlament auch den Bundestag in einer Schlüsselrolle bei der demokratischen Legitimation der EU und streiten entschieden für die Rechte der Parlamente in der Schuldenkrise.

Besonders im Bereich der Wirtschaftspolitik benötigt die Vertiefung der Europäischen Union dringend eine öffentliche und demokratische Debatte und nicht Geheimniskrämerei hinter den Türen des Europäischen Rats.